

Elisabeth Jeggler

Ihre Stimme in Europa



## Infobrief aus Straßburg 09. - 13. September 2013

### Öde Wissenschaftler - keine öden Dörfer!

Derzeit wird eine neue Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerungsentwicklung in allen Medien zitiert und kommentiert. Die Studie empfiehlt, kleine Dörfer aufzugeben, weil der Erhalt der Versorgungsinfrastruktur zu teuer und aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung

nicht lohnenswert sei. Dieser Studie widerspreche ich entschieden. Wir in Baden-Württemberg haben einen lebendigen, wirtschaftsstarke(n) Raum, mit stabilen Gemeinden und innovativen Unternehmen. Dies bedeutet für einige Regionen



Quelle: Milchwirtschaft Allgäu

nahezu Vollbeschäftigung, bei gleichzeitig höchster Lebensqualität. Viele Regionen in Deutschland beneiden uns um unsere fast perfekten Standortbedingungen, weil Sie ein lebendiges Arbeits- und Privatleben ermöglichen. Unsere Dörfer sind also bereits lebenswert! Und dennoch, wir dürfen uns nicht ausruhen, sondern müssen mit offensiven Strategien die Herausforderungen annehmen. Diese bestehen vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur.

Wir müssen unsere bis jetzt noch guten Lebensverhältnisse mit unseren zukunftsfähigen Wirtschaftsstandorten halten und ausbauen. Hierzu gehört insbesondere der Ausbau von Straße, Schiene und schnellem Internet sowie Krippenplätze und eine an modernen Gesichtspunkten orientierte medizinische Versorgung. Wir sollten nicht überlegen, welche Anreize wir zur Umsiedlung von

Menschen in Ballungsgebiete und zur Verödung des ländlichen Raums setzen, sondern wie wir den ländlichen Raum noch besser gezielt fördern können. Der ländliche Raum birgt immenses wirtschaftliches Potential, auch wenn man in manchen Regionen Deutschlands fraglos mehr tun kann.

Am Beispiel der Nahrungsmittelversorgung sehen wir, dass der Trend wieder hin zu kurzen Transportwegen und lokalen Wertschöpfungsketten geht, mit Produktion, Verarbeitung und Vermarktung vor Ort. Wir sollten diesen Trend nutzen und ihn auch für andere Wirtschaftszweige gangbar machen. Mit der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen ist Baden-Württemberg bereits mit gutem und erfolgreichem Beispiel vorangegangen. Kulturlandschaften werden erhalten und gepflegt, lokale Spezialitäten gefördert, womit auch im Tourismusbereich neue Möglichkeiten erschlossen werden. Das alles schafft Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und eine Belebung des ländlichen Raumes sowie unseres gesamten Landes. Hier müssen wir weiterarbeiten und deswegen sollte uns diese Studie dazu animieren, noch mehr für den ländlichen Raum zu tun. Gerade der Bereich ländliche Entwicklung innerhalb der europäischen Agrarpolitik bot und bietet hier immenses Potential für eine ideale Aufstellung in die Zukunft. Dafür kämpfe ich im Europäischen Parlament jeden Tag.

## Keine Mehrheit für Neuausrichtung bei Biosprit

In der gestrigen Abstimmung haben wir einen bereits im Vorfeld umstrittenen Bericht zur Neuausrichtung der Biokraftstoffproduktion abgelehnt. Bei der Neuausrichtung geht



es darum, die "Tank oder Teller Debatte" und die tatsächliche Klimabilanz bei der Produktion von Biokraftstoffen verstärkt zu berücksichtigen. Die Förderung von Biokraftstoffen steht seit längerem in der Kritik, da der Anbau von Energiepflanzen wie Raps den Lebensmittelanbau verdrängt.

Die Lebensmittel, die auf diesen Flächen dann den Energiepflanzen weichen mussten, werden, so die

Quelle: Autobild.de

Theorie des nun abgelehnten Berichts, auf anderen Flächen angebaut und so könnte es in Entwicklungs- und Schwellenländern beispielsweise zur Rodung von Regenwald kommen, um die nötigen Flächen zu gewinnen. Dieser Effekt nennt sich Indirekte Landnutzungsänderung (Indirect Land-Use Change ILUC) und hätte zukünftig bei der Förderung von Biokraftstoffen berücksichtigt werden müssen. Die Klimabilanz der Kraftstoffe hätte sich dadurch erheblich verschlechtert. Zudem sollten herkömmliche Biokraftstoffe die aus Raps oder Soja gewonnen werden im Vergleich zu Kraftstoffen aus Abfallprodukten schlechter bewertet und eingeschränkt werden.

Die Debatte hat zu viel Verunsicherung bei den Unternehmen geführt, die in den letzten Jahren in diesem Bereich massiv investiert haben. Zum einen sind die Kriterien mit denen festgelegt werden sollte, ob und in wieweit die Nahrungsmittelproduktion sich auf andere Flächen verschiebt, unter Wissenschaftlern äußerst umstritten. Zum anderen sind die Definitionen, was als Abfall deklariert wird oft schwierig. So würde Stroh als

Abfallprodukt festgelegt, hat in der Realität jedoch eine Vielzahl an Verwendungszwecken.

Ich habe mit meiner Fraktion gegen den Bericht gestimmt und eine weitere Überarbeitung gefordert. Wir erkennen eine Überarbeitung der Förderung von Biokraftstoffen als Notwendig an und wollen auch die Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion thematisieren. Allerdings brauchen wir klare Kriterien, wie sich die Landnutzung durch den Anbau von Energiepflanzen tatsächlich verschieben könnte und wir dürfen nicht durch unzuverlässige Politik zukünftige Investitionen in diesem Bereich gefährden. [Hier](#) finden Sie mehr zur Thematik.

## Diplomatischer Weg im Syrienkonflikt ist der einzig richtige!

Ein Militärschlag gegen das Assad-Regime kann heute nicht das Instrument sein! Bei der gestrigen Plenardebatte mit der EU-Außenbeauftragten Ashton haben wir erneut verdeutlicht, dass eine langfristige Lösung des Syrienkonflikts nur über diplomatische Wege gefunden werden kann. In unserer heutigen Entschließung verlangen wir von Syrien eine vollständige und bedingungslose Abgabe seiner Chemiewaffen. Im Hinblick auf das Massaker mit Chemiewaffen vom 21. August, das mindestens 1400 Menschenleben forderte, sowie die katastrophale Lage der syrischen Bevölkerung insgesamt, sehe ich hierzu keine Alternative. Ich begrüße die Bereitschaft der syrischen Regierung, ihre chemischen Waffen unter internationale Kontrolle zu stellen. Aber hier müssen dann klare Kontrollmöglichkeiten gegeben sein und diese auch wahrgenommen werden. Russland muss sich in dieser Hinsicht seiner Verantwortung als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats stellen! [Hier](#) finden Sie mehr.

## Wege zum Frieden in Ägypten

Im Anschluss an die Syriendebatte haben wir uns auch zur aktuellen Lage in Ägypten mit der Hohen Vertreterin Baroness Ashton beraten. Ashton hat als erste hochrangige



westliche Diplomatin Ägypten nach dem Sturz Mursis besucht und hatte Gelegenheit, mit Vertretern aller politischen Lager zu sprechen. Die EU und das Europäische Parlament zeigen eine hohe Präsenz und tiefes

Quelle: sueddeutsche.de Verantwortungsbewusstsein. Eine langfristige Friedenssicherung in Ägypten ist nur möglich, wenn alle politischen und friedlichen Kräfte des Landes in den demokratischen Übergangsprozess einbezogen werden. Eine pluralistische und tolerante Gesellschaftsordnung kann nur im versöhnlichen Dialog entstehen. Grundbedingung hierfür ist, dass sich in Ägypten Frauen und Kinder in der Gesellschaft und in der Öffentlichkeit angstfrei bewegen können. Als Mitglied einer christlichen Partei lege ich hohen Wert darauf, dass die Religionsfreiheit sichergestellt wird, insbesondere die Anerkennung und Achtung der

koptischen Christen, sowie den Schutz aller Minderheiten. Die Muslimbrüder sowie alle Akteure, die zur Gewalt aufgerufen oder diese angewandt haben, müssen bei einem fairen Gerichtsverfahren, das Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien achtet, zur Verantwortung gezogen werden. Eine wertebasierte und konditionelle Partnerschaft muss unser Ziel sein. Diese Eckpunkte spiegelt auch die gemeinsame Entschließung wider. Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter diesem [Link](#).



mit herzlichen Grüßen  
Ihre Elisabeth Jeggle

**Elisabeth Jeggle MdEP**

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

**Anschrift Europäisches Parlament**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

**Tel.** 0032 - 2 - 284 5351

**Fax** 0032 - 2 - 284 9351

[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

**Anschrift Europabüro**

Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

**Tel.** 0751 - 560 92 530

**Fax** 0751 - 560 92 550

[kontakt@euroeggle.de](mailto:kontakt@euroeggle.de)

**Elisabeth Jeggle,  
Mitglied des Europäischen Parlaments**